

PRESSEERKLÄRUNG

Thema: Rissmann, Vorwürfe Staatsanwaltschaft
aufklären

Datum: 11. August 2020

Ungeheuerliche Vorwürfe zügig aufklären

++ CDU-Fraktion will auch betroffenen Oberstaatsanwalt anhören

Sven Rissmann, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt:

„Die Vorwürfe, Generalstaatsanwältin Koppers und Justizsenator Behrendt wollten politisch unliebsame Staatsanwälte loswerden, sind ungeheuerlich. Mit den Versetzungen von Anklägern nach bisher wohl unbewiesenen Behauptungen zu Ermittlungen zu mutmaßlich rechten Anschlägen in Neukölln wurde Vertrauen zerstört, das Ansehen der Staatsanwaltschaft beschädigt. Die Empörung der Vereinigung Berliner Staatsanwälte (VBS) und der Gesamtstaatsanwaltsrat ist verständlich. Wir stehen vor einem nie dagewesenen Scherbenhaufen.

Senator Behrendt muss diesen brisanten Vorgang im Parlament erklären und vor allem Belege für die extremen Anschuldigungen von ihm und Koppers auf den Tisch legen. Wir verlangen lückenlose Aufklärung im Interesse der Staatsanwaltschaft, Abgeordneten, aber vor allem auch der Opfer der Neuköllner Brandserie. Wir haben für den Rechtsausschuss bereits einen Besprechungspunkt angemeldet und bereiten einen Fragenkatalog vor. Senator Behrendt fordern wir auf, auch dem betroffenen Oberstaatsanwalt die Teilnahme zu ermöglichen. Unsere Forderung nach einem Sonderermittler halten wir weiter aufrecht.

Sollten danach weiter Zweifel bestehen, dass dieses einmalige Vorgehen nicht sachlich und fachlich gerechtfertigt war, sondern eine öffentliche Vorverurteilung von zur Fürsorge anvertrauten Mitarbeiter zugunsten grüner Justizpolitik erfolgte, sind politische und persönliche Konsequenzen unumgänglich.“